

# SWR2 Essay

## Erinnerungskultur, Zivilgesellschaft und Resilienz

Von Magnus Brechtken

Sendung: Montag, 13. November 2017

Redaktion: Michael Lissek

Regie: Uli Lampen

Produktion: SWR 2017

---

### **Bitte beachten Sie:**

Das Manuskript ist ausschließlich zum persönlichen, privaten Gebrauch bestimmt. Jede weitere Vervielfältigung und Verbreitung bedarf der ausdrücklichen Genehmigung des Urhebers bzw. des SWR.

---

### **Service:**

SWR2 Essay können Sie auch als Live-Stream hören im **SWR2 Webradio** unter [www.swr2.de](http://www.swr2.de) oder als **Podcast** nachhören: <http://www1.swr.de/podcast/xml/swr2/essay.xml>

---

### **Kennen Sie schon das Serviceangebot des Kulturradios SWR2?**

Mit der kostenlosen SWR2 Kulturkarte können Sie zu ermäßigten Eintrittspreisen Veranstaltungen des SWR2 und seiner vielen Kulturpartner im Sendegebiet besuchen. Mit dem Infoheft SWR2 Kulturservice sind Sie stets über SWR2 und die zahlreichen Veranstaltungen im SWR2-Kulturpartner-Netz informiert. Jetzt anmelden unter 07221/300 200 oder [swr2.de](http://swr2.de)

Magnus Brechtken

Erinnerungskultur, Zivilgesellschaft und Resilienz –

Warum es wichtig ist, sich mit der (deutschen) Geschichte zu beschäftigen. Auch und gerade mit den problematischen Seiten. Und was wir daraus lernen können.

Können wir aus der Geschichte lernen? Das ist eine wiederholt gehörte Frage. Sie wird oft mit Floskeln und Plattitüden von vermeintlicher Originalität beantwortet wird. Etwa: Man lerne aus der Geschichte, dass man nichts aus ihr lernen könne. Wer nicht aus der Geschichte lerne, sei gezwungen, sie zu wiederholen. Geschichte wiederholt sich nicht, sie reimt sich. Und so weiter.

Lassen wir dergleichen Schlagwörter beiseite und betrachten nüchtern unsere Lebenswelt, dann ist die Antwort recht einfach: Wir können, wenn überhaupt, *nur* aus der Geschichte lernen. Etwas anderes ist uns gar nicht verfügbar. Die Gegenwart ist ein flüchtiger Moment und die Zukunft ein offener Horizont, dessen Ereignisse ungewiss bleiben. So bleibt uns Geschichte. Aber welche? Hier nun beginnt unsere Aufgabe und Herausforderung.

Die Deutschen sind bekannt dafür, sich seit jeher ernst und gewissenhaft mit Historie zu beschäftigen. Das hat eine lange Tradition. Mit einigem Recht gilt etwa Leopold von Ranke als Vater der modernen, auf die kritische Analyse von Quellen gestützten Geschichtswissenschaft. Ranke war ein Mann des 19. Jahrhunderts. Seine Arbeiten, seine Themen, Interessen und Methoden sind ein Indikator der Zeit, in der er wirkte. Geschichte zu schreiben wie Ranke würde heute sprachlich fremd und methodisch antiquiert wirken. Dennoch ist es wichtig, an ihn und zahllose andere zu erinnern, die sich dem Verständnis des Vergangenen für ihre Gegenwart gewidmet haben.

Der Blick auf Historiker der Vergangenheit zeigt: Alle Geschichtsschreibung ist zeitverhaftet – und diese Prägung gilt es zu beachten. Bis heute. Zugleich wächst unser Wissensfundus. Das bedeutet auch: Jede Generation verhandelt ihre

Vergangenheit neu. Und: Wenn wir Geschichte verhandeln, sind auch wir Reflektoren unserer Zeit, ihrer Methoden und ihres Denkens.

Wenn wir uns dies bewusst machen, ist das für sich genommen schon ein Erkenntnisfortschritt, dessen Tragweite die Geschichtsschreibung erst in den vergangenen Jahrzehnten angemessen erkannt und berücksichtigt hat. Nicht nur die schiere Menge und Vielfalt der historischen Quellen ist über die Zeit enorm gewachsen. Auch die Chancen unseres Reflexionsvermögens haben sich kontinuierlich erweitert.

Für Historikerinnen und Historiker ist die Fülle des verfügbaren Wissens eine dauernde Herausforderung. Sie müssen Fragen und Methoden entwickeln, die zugleich den Stoff beherrschbar und die Arbeiten für die Gesellschaft interessant und zugänglich machen.

Erfahrungswissen, die Prüfung historischer Fakten und das Verhandeln über Geschichte schaffen das Potential, uns Orientierung für die Gegenwart zu liefern. Geschichte ist kein beliebiges Überbleibsel, sondern eine erstrangige Ressource.

Das gilt besonders für die Analyse des Nationalsozialismus, der, anders als manche Stimmen meinen, weder über die Jahrzehnte andere Geschichtsinteressen verdrängt hat noch „ausgeforscht“ ist. Vielmehr gilt es zu erinnern: Die wissenschaftliche Erforschung des Nationalsozialismus, des Holocaust und anderer Massenverbrechen seiner Herrschaft, kam in Deutschland erst mit einiger Verzögerung und unter großen Mühen in Gang.

Tatsächlich wollten die meisten Deutschen nach der Niederlage von 1945 zunächst wenig wissen über ihre eigene Verantwortung für das, was in den zwölf Jahren des Tausendjährigen Reiches mit ihrer Hilfe und ihrem Engagement geschehen war.

Aber anders als am Ende des Ersten Weltkrieges konnten sie nicht flüchten in die Welt der Selbsttäuschungen und Legenden, mit denen sich viele nach 1918 die Vergangenheit passend erzählt hatten. Dafür sorgten vor allem die Alliierten, aber auch die überlebenden Demokraten in Deutschland. Beide hatten die Erfahrungen

der Weimarer Zeit vor Augen. Zwischen 1914 und 1918 war die deutsche Kriegsgesellschaft ein weitgehend geschlossener Kommunikationsraum gewesen, in dem stets die Hoffnung auf den Sieg propagiert und hochgehalten worden war. Die Deutschen lebten in einer Echokammer der Siegeserwartungen. Und waren schockiert, als im Herbst 1918 die Niederlage kam. Sie waren weder mental vorbereitet noch überhaupt über die Lage informiert, in denen sich das Reich befand.

Nicht die rationale Analyse der Ursachen und die Identifikation der Verantwortlichen stand fortan im Zentrum ihres Verstehenwollens, sondern die Suche nach äußeren Gründen und fremden Schuldigen. Diese Selbsttäuschung über die Realität und die Gründe der Niederlage belastete die Weimarer Republik von deren Geburtsstunde bis zu ihrem Ende.

So hatte die Gründung der parlamentarischen Demokratie von Weimar, maßgeblich betrieben durch die Sozialdemokraten und die liberalen Parteien, in vielen Augen gleich mehrere Makel: Man machte diese Demokratie für den Misserfolg des Weltkriegs verantwortlich. Das war zwar falsch, weil die Niederlage objektiv von der quasi-diktatorischen Führung, der Dritten Obersten Heeresleitung unter Paul von Hindenburg und Erich Ludendorff, herbeigeführt und intern auch eingestanden worden war. Aber die Militärs lenkten von dieser Verantwortung ab und verbreiteten Legenden, allen voran die vom angeblichen Dolchstoß der Heimat in den Rücken des siegesnahen Heeres. Nach vier Jahren Entbehrung, einem Kampf mit Millionen Toten und Verwundeten, wollten viele Deutsche das nur zu gern glauben.

In der deutschen Bevölkerung, bei den Eliten und in den bürgerlichen Schichten dominierte eine geradezu verträumte Erinnerung an die Prosperität des Kaiserreiches vor 1914 – mit seiner autoritären Führung und dem besonders in Preußen dominierenden Geist des Militärischen.

In den Jahrzehnten vor dem Ersten Weltkrieg hatten viele deutsche Intellektuelle, nicht zuletzt aufgrund der wirtschaftlichen und wissenschaftlichen Erfolge des Kaiserreiches, die Überzeugung vertreten, dass eine monarchisch-autoritäre Führung für den sogenannten „deutschen Charakter“ das angemessene politische System sei. Die Rede war vom besonderen deutschen Wesen, das seine Kreativität auf den

Gebieten der Musik und der Philosophie, der Kunst und der Wissenschaften gerade aufgrund der begrenzten politischen Partizipationsrechte entfalten konnte.

Diese „Ideen von 1914“ behaupteten, dass die deutsche Kultur gegen die westliche Zivilisation stehe, deutsche Helden gegen bloß an Geld und Gewinn orientierte Händler, die deutsche Volkseinheitlichkeit gegen den westlichen Individualismus. Einer der seinerzeit prominentesten deutschen Historiker, Friedrich Meinecke, nannte die Kulturwerte „ein Geschenk“, die Zivilisationswerte „eine Ware“.

Der verschmähte Westen, das waren namentlich Frankreich mit seinen Ideen der Revolution von 1789, Großbritannien mit seiner Parlamentsherrschaft und die Vereinigten Staaten mit ihrer Vorstellung vom Naturrecht des Individuums auf Freiheit und dem Streben nach Glück. Die deutsche Idee der Freiheit sah den Einzelnen dagegen stets eingebunden und untergeordnet einem angeblich höheren Ganzen.

So wurde der Erste Weltkrieg auch zum Kulturkrieg und zum Kampf gegensätzlicher Ordnungsmodelle stilisiert, in dem beide Seiten für ein höheres Recht einzutreten behaupteten. Die Niederlage von 1918 wirkte auf viele Deutsche deshalb wie ein unverdienter Angriff auf ihr Selbstbild und das eigene Überlegenheitsgefühl. Sie mochten dies ebenso wenig akzeptieren wie die anderen Konsequenzen, von Gebietsverlusten bis zu Reparationsforderungen sowie die Zuschreibung der Kriegsschuld.

Diese Selbsttäuschungen fielen umso leichter, als sich das Kriegsgeschehen weitgehend außerhalb der Landesgrenzen abgespielt hatte, die Sieger das Land nicht besetzten und die heimkehrenden Soldaten gar als „im Felde unbesiegt“ begrüßt wurden.

Die wirtschaftlichen Folgen des Krieges verstärkten diesen Effekt der Enttäuschung und des Trugbildes, nicht selbst verantwortlich, sondern von inneren und äußeren Feinden verraten worden zu sein. Die deutsche Führung im Krieg hatte nicht gewagt, die eigentlichen Kriegskosten auf die Bevölkerung umzulegen, beispielsweise durch eine erhöhte Besteuerung,. Der Sieg würde die Rechnung begleichen, so wie die

französischen Tributzahlungen nach deren Niederlage 1871 die Konjunktur befeuert hatten.

Die Niederlage von 1918 und die Forderung der Sieger nach Reparationen trafen nun auf eine Bevölkerung, die sich in hohem Maße nicht darüber im klaren war, dass der Krieg, den man vier Jahre lang geführt hatte, noch nicht bezahlt war. Als in der Inflation bis zum November 1923 vor allem die bürgerliche Mittelschicht ihre Ersparnisse verlor, verstand sie nicht die eigentliche Ursache, nämlich den Krieg und dessen Finanzierung, sondern schob die Schuld auf die parlamentarische Demokratie und jene Politiker, die den Friedensvertrag von Versailles unterschrieben hatten.

Nahezu die gesamte Bevölkerung von links bis rechts widersetzte sich den Umständen und Bedingungen dieser Pariser Vorortverträge, vom Vorwurf der Kriegsschuld bis zur Forderung hoher Reparationen. Die Ablehnung der Versailler Verträge war vielleicht die einzige Gemeinsamkeit, auf die sich die deutsche Gesellschaft zwischen 1918 und 1933 einigen konnte.

Es waren nicht zuletzt die Eliten, die sich skeptisch bis ablehnend gegenüber der Weimarer Republik verhielten. Die Militärs, allen voran Hindenburg und Ludendorff, die bald in der Weimarer Politik eine unheilvolle Rolle spielten, mochten ihre Verantwortung ohnehin nicht akzeptieren. Aber auch viele Diplomaten, Beamte, Unternehmer und zentrale Teile des Bürgertums sahen die Ursache der wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Probleme der Weimarer Republik in der parlamentarischen Demokratie.

Hinzu kam von der politischen Rechten über die Mitte bis hin zur Sozialdemokratie die vehemente Ablehnung der russischen Revolution und ihrer Folgen: Die Herrschaft des Bolschewismus, zunächst unter Lenin, dann unter Stalin. Die bolschewistische Revolution war überhaupt einer der Gründe dafür gewesen, das 1918 erst siebenundvierzig Jahre alte Deutsche Reich in seiner Einheit, wenn auch territorial beschnitten, bestehen zu lassen. Das Reich sollte aus internationaler Sicht auch als mitteleuropäisches Bollwerk gegen die Ausbreitung der Revolution erhalten bleiben. Verbreitet war die Furcht vor einem Umsturz in Deutschland auch, weil

angesichts der marxistischen Theorie dieses hoch industrialisierte Land eigentlich viel reifer für die Revolution gewesen wäre als das noch weitgehend agrarische Russland.

All diese Faktoren – die Geisteshaltung der Eliten, die autoritäre Tradition, wie sie im deutschen Kaiserreich kulminiert war, die unerwartete Kriegsniederlage, die Identifizierung von Niederlage, Demokratisierung und Parlamentarisierung, das Nicht-Verstehen der Ursachen der Inflation von 1923, die antiwestlichen Traditionen, die Furcht vor dem Bolschewismus – all dies näherte jene politischen Bewegungen, für die der Nationalsozialismus ab 1930 zum Sammelbecken wurde.

Die NSDAP wurde die erste Volkspartei im modernen Sinne. Bei den Wahlen zwischen 1930 und 1933 gewann sie bis zu 44 Prozent der Stimmen. Im Kampf um die Reichspräsidentschaft erhielt ihr Kandidat Adolf Hitler dreizehn Millionen Stimmen. Sein Gegner Paul von Hindenburg war gleichfalls kein lupenreiner Demokrat, sondern stand für die autoritäre Tradition des Kaiserreiches und den unaufrichtigen Umgang mit der eigenen Verantwortung.

Diese Wahlergebnisse spiegeln das enorme antidemokratische Potenzial, das in der deutschen Gesellschaft schon 1933 dominierend war. Sieht man, dass die Nationalsozialisten, die rechtsaußen stehenden Deutschnationalen und die Kommunisten insgesamt rund zwei Drittel der Wähler repräsentierten, wird deutlich, dass Demokraten 1933 nur noch eine Minderheit bildeten. Die Mehrheit der Deutschen sprach sich schon in den noch freien Wahlen vor 1933 für Parteien aus, die die parlamentarische Demokratie ablehnten oder abzuschaffen gedachten.

Die nationalsozialistische Herrschaft war also kein Betriebsunfall der deutschen Geschichte, sondern konnte auf viele Traditionen, Denkmuster, Weltbilder, Mentalitäten und Überzeugungen aufbauen.

Hitler allerdings wollte weit mehr als eine Rückkehr zum Zustand vor 1914. Er war der Überzeugung, das zentrale Bewegungsgesetz der Geschichte erkannt zu haben und persönlich an einer entscheidenden Stelle des historischen Prozesses gerade noch rechtzeitig in die politische Welt getreten zu sein. Die Geschichte war für ihn ein

Produkt von Rassenkämpfen. Er sah es als seine Mission, die nach diesem Weltbild besonders profilierte arische Rasse – die er vor allem mit den Deutschen identifizierte, zur Vorherrschaft in der Welt zu führen. Aus diesem Sendungsgefühl bezog er seine Energie und seine ideologische Überzeugung. Er hielt sich tatsächlich für den politischen Erlöser. Aus dieser geradezu religiösen Heilsposition verkündete er einen politischen Glauben, dem Millionen Deutsche aus unterschiedlichen Traditionen folgten: Der Nationalsozialismus bot den Autoritären ein Angebot neuer innerer Ordnung, er bot den Machtstaat-Nostalgikern die Vorstellung von einer neuen Großmachttrolle, er bot den sozialistisch orientierten die Vorstellung von einer neuen Gesellschaft, in der die Klassen durch eine Volksgemeinschaft ersetzt und Rassenauslese statt sozialer Herkunft gelten würden. Und er bediente das beschriebene Gefühl der deutschen Überlegenheit.

In dieser Perspektive war die nationalsozialistische Politik nach 1933 konsequent, logisch und zielstrebig: Aufrüsten im Innern, um das Volk, das nach seinen Vorstellungen zu arischen Rasse gehörte, zu einen. Aufrüsten nach außen, um die notwendige machtpolitische Voraussetzung zu schaffen, um den Lebenskampf des arischen Kernvolkes durch einen Krieg zu sichern. Alle Wirtschafts- und Außenpolitik, alle militärische Aufrüstung, alle innere Erziehung von den Schulen bis in die Universitäten waren auf diese Ziele hin ausgerichtet. Die sechs Jahre des Friedens zwischen 1933 und 1939 waren ein Prozess der politischen, militärischen und ideologischen Kraftansammlung, um dann in einem kriegerischen Ausgriff die Grundlagen der arischen Vorherrschaft im Sinne des global verstandenen Rassenkampfes für das auf die Ewigkeit angelegte Reich zu schaffen. In diesem Sinne war Politik für die Nationalsozialisten vor allem ein großer Rassenkrieg. Wer immer zum Feind deklariert war, vor allem die Juden als angebliche Gegenrasse, aber auch Slawen oder die Kranken und Behinderten des eigenen Landes, galt als zu bekämpfen und zu vernichten.

Man muss sich diese ideologischen Parameter vor Augen führen, um die Grundlagen und Folgen dieser Zeit analytisch angemessen einordnen zu können.

**Die Folgen sind bekannt:**



Der Nationalsozialismus strebte nach der Vorherrschaft in Europa, die selbstverständlich nur kriegerisch zu erreichen war. Wie sonst hätte eine Eroberung des sogenannten Lebensraumes erreicht werden können? Wie sonst hätte die riesige Ressourcenverschwendung, die sich durch die Aufrüstung bis 1939 zu Lasten ziviler Investitionen und des Konsums aufgestaut hatte, refinanziert werden sollen? Hitlers Politik setzte sich selbst unter Zugzwang. Es galt, Beute zu machen: An Land, an Zwangsarbeitern, an Rohstoffen. Der kriegerische Ausgriff sollte das Erreichte sichern und den weiteren Kampf fundieren, der wiederum als Kern des Rassenwettbewerbs angenommen wurde.

Die eigentliche Radikalität der nationalsozialistischen Ideologie, die Vorbereitung eines Krieges sowie der Versuch, eine Rassengesellschaft zu formen, gewann zwischen 1933 und 1939 zunehmende Dynamik. Ihre Gestalt war für viele Beobachter anfangs noch schwer erkennbar. Man meinte, Hitler und seine Anhänger betrieben vor allem eine traditionelle Revisionspolitik, die nach einiger Zeit gesättigt in ein ruhigeres Fahrwasser geraten würde. Diese Einschätzung betraf vor allem die deutsche Außenpolitik, zumal Hitler fortwährend beruhigende Friedensreden hielt.

In London, Paris und Washington verstand man die deutsche Außenpolitik als traditionelle europäische Machtpolitik. Man nahm an, Hitler wolle sein Reich als europäische Großmacht wiederherstellen und, wenn dies erreicht sei, sich befriedigt im Glanz seiner Erfolge feiern lassen.

Es dauerte einige Jahre bis man verstand, dass Hitler etwas anderes wollte und weitaus größere Expansionsziele hatte, als die Wiederherstellung des deutschen Kaiserreiches oder eines ähnlichen mitteleuropäischen Territoriums unter deutscher Führung.

Zugleich feierten die meisten Deutschen bis 1938 begeistert jene außenpolitischen Erfolge, die dem Reich eine bis dato nie gesehene Ausdehnung bescherten. Aber für den Nationalsozialismus waren das nur Teilschritte einer von Ideologie getriebenen Expansion. „Wir wollen keine Tschechen“ verkündete Hitler am 26. September 1938. Sechs Monate später ließ er deren Land besetzen und keinen Zweifel daran, dass Polen das nächste Opfer sein sollte. Hitler begrüßte, ja suchte den Krieg als Moment

der rassistischen Bewährung. Der Zweite Weltkrieg war in dieser Perspektive der Versuch, einen deutschen Hegemonialanspruch, der von den Eliten in kleinerer Münze schon im ersten Weltkrieg formuliert worden war, mit einem sehr viel weitergehenden rassistischen Neuordnungsanspruch zu verbinden.

Die Pläne der Nationalsozialisten für die Neuordnung Europas, von vielen Intellektuellen, Wissenschaftlern und den weiteren Funktionsebenen mitformuliert und praktisch vorangetrieben, sah die Versklavung und Ermordung von zig Millionen Menschen vor. Diese ethnische Neuordnung sollte als Grundlage eines eurasischen, von Deutschland dominierten Rassenreiches dienen. Die Aggressivität, mit der die Deutschen ihre Herrschaft in ganz Europa durchsetzten, einen Rassen- und Vernichtungskrieg betrieben, der schließlich in einer Alles-oder-nichts-Politik mündete, war geschichtlich in seiner Radikalität neu.

Aus diesem Grund suchten schon während des Krieges Intellektuelle, Wissenschaftler, Journalisten, Diplomaten und Emigranten nach den längerfristigen Ursachen und möglichen politischen Mitteln, um jede Wiederholung zu verhindern.

Aus Sicht der Alliierten erschien die deutsche Aggressivität als Folge einer jahrhundertelangen Entwicklung, die in den Gründungskriegen des Reiches von 1871 ihren eigenen Staat schuf und seither für zwei Weltkriege verantwortlich war.

Die Alliierten übernahmen bei ihren Analysen die von den Deutschen propagierte Vorstellung der eigenen Besonderheit. Aus dem von deutscher Seite so betonten Sonderbewusstsein wurde bei ihnen der negative „deutsche Sonderweg“, der mal bei Bismarck, mal bei Friedrich dem Großen, bei Luther oder gar beim Cheruskerfürsten Arminius begonnen hatte. Der Soziologe Ralf Dahrendorf nannte dergleichen Interpretationen denn auch „Tacitus-Hypothesen“.

Es ist dies die Wahrnehmung, dass der sogenannte deutsche Charakter durch die spezifische Form eines autoritären, obrigkeitstaatlichen, militaristischen, auf Befehl und Gehorsam statt auf Individualität zielenden Wesens

geprägt sei – der schließlich im Nationalsozialismus mündete. In ihrer Vereinfachung waren dergleichen Theorien von einem direkten Weg etwa von Luther zu Hitler irreführend. Nichts geschieht oder geschah zwangsläufig. Aber solche Thesen öffneten den Blick auf die längerfristigen Dispositionen Mitteleuropas.

Vor allem die Rolle des Religiösen als Faktor des Politischen trat hervor, und einige Besonderheiten des deutschen Herrschaftsraumes wurden deutlich. Seit der Reformation war das mitteleuropäische Territorium geprägt von oft gewaltsamen religiösen Konflikten. Der einschneidendste und für die deutsche Geschichte prägendste war der Dreißigjährige Krieg zwischen 1618 und 1648. Er kam zu einem Ende nicht etwa, weil eine Seite gesiegt oder beide Seiten ein Einsehen gehabt hätten. Er endete, verkürzt gesprochen, weil die Kombattanten einsehen mussten, dass es nach weiteren Jahren des Kampfes kaum noch etwas gegeben hätte, für das es sich zu kämpfen lohnte. Jedenfalls, soweit man das Diesseits des Lebens betrachtet. Die Verheerungen der Lande durch umherziehende Armeen, die Zerstörung der Handelswege und der Wirtschaftskraft, die Millionen Menschen, die getötet oder zu Krüppeln geschlagen wurden, machten deutlich: Der Gott, den beide Seiten auf der ihren glaubten, mochte sich nicht entscheiden und ließ das Gemetzel laufen. Die Lösung nach immerhin drei Jahrzehnten der Mordbrennerei war eine ungemein weltliche, strikt politische: Wer das Land regierte, sollte auch die Religion seiner Untertanen bestimmen. „Cuius regio, eius religio“ hieß die knappe Formel im Original.

Die Erfahrungen des Dreißigjährigen Gemetzels brannten sich tief in das Bewusstsein der Betroffenen. Und das waren vor allem die deutschsprachigen Mitteleuropäer, ganz gleich welcher Herrschaft sie sich nun untertan sahen. Fortan galt es vielen als das Wichtigste, dass ihnen durch staatliche Autorität Stabilität und öffentliche Ordnung garantiert war, geschützt vor marodierenden Heerscharen im Namen Gottes.

Im Mitteleuropa des *Heiligen Römischen Reiches deutscher Nation* existierten nahezu zweitausend Herrschaftseinheiten, und der Friedensschluss mit seinem Religionskompromiss sorgte dafür, dass protestantische und katholische Gebiete bunt vermischt nebeneinander existierten. Die religiösen Konflikte blieben in der

vielfarbigen Landkarte eingefroren. Damit unterschieden sich die deutschen Territorien von anderen Ländern. Großbritannien war seit Heinrich VIII religiös protestantisch geeint. In Frankreich und Spanien dominierte der Katholizismus. In den Gebieten russischer Herrschaft war die orthodoxe Kirche prägend.

In den deutschen Territorien blieb Österreich die katholische Vormacht, Preußen wurde die protestantische. Aus den einst religiös dominierten Konflikten wurden zunehmend solche der Außen- und Machtpolitik. Eine Zentralgewalt jedenfalls existierte nicht - wie London für die britischen Inseln oder Paris und Versailles für Frankreich. Der Vielzahl der Herrschaften entsprach der Vielfalt der Regionen mit ihrer je eigenen Kultur. Die Unterschiede zwischen einem Hamburger Kaufmann und einem bayerischen Offizier, einem badischen Handwerker und einem preußischen Junker waren denkbar groß. Es existierte keine ihnen allen gemeinsame Institution wie es sie etwa im Londoner Parlament für die Engländer gab. Während auf der Insel ein König geköpft wurde und das Parlament sich die Vorherrschaft gegen die Krone sicherte, zudem ein einheitliches Wirtschaftsgebiet schuf, litten in den deutschen Territorien die Überlebenden des Dreißigjährigen Krieges an den Folgen der Religionskriege und tauschten den Anspruch politischer Partizipationsrechte gegen die Sicherheit einer autoritären Führung.

Einen ersten Wandel bewirkte gegen Ende des 18. Jahrhunderts die Erfindung der Nation und des Nationalismus. Die Nationalismusforschung hat seit den 1980er Jahren gezeigt, wie vor allem Intellektuelle und Gelehrte die Idee der homogenen Nation konstruierten. Es war die Sehnsucht nach einer Einheit, die sich durch Sprache, Kultur, Geographie, Traditionen und Geschichtsbilder konstituieren sollte. Diese imaginierte Einheit war eine Idee, ein Glaubenssatz, der neu in die Welt getragen, in Deutschland vor allem durch den Druck von außen an Attraktivität gewann. Denn ihr wichtigster Förderer war Napoleon Bonaparte. Als er von Frankreich aus Europa mit Krieg überzog und dabei die vielen hundert Kleinstaaten der deutschen Lande auflöste oder zu größeren Einheiten zusammenfügte, nahmen die Besiegten dies zum Anlass, sich unter dem Schlagwort der *Deutschen Nation* gegen die französische Herrschaft zusammenzuschließen. Die eigentliche Inkubationsphase des deutschen Nationalismus ist der Kampf gegen Napoleon.

Trotzdem stand am Ende der napoleonischen Besatzung kein einheitliches Nationalreich, sondern eine Verbindung von fünfunddreißig Einzelstaaten, der Deutsche Bund. Die alten Konflikte der Dynastien und Religionen blieben im Kern des neuen Gebildes erhalten. Der Nationalismus, die Idee eines einheitlichen Staates, blieb für alle monarchisch und dynastisch regierten Staaten eine Gefahr, keine Verlockung.

Die Revolutionen von 1848 scheiterten im deutschen Territorium gerade deshalb, weil die Vielzahl regionaler Machtzentren, Erbe der ursprünglichen Herrschaftsvielfalt, nach wie vor existierte. Wer in Frankreich Paris beherrschte, dessen Herrschaft strahlte auf das ganze Land aus. Wer in London die Macht und die Loyalität der dort vertretenen landbesitzenden Klassen besaß, konnte Großbritannien weitgehend kontrollieren. Wer aber im deutschen Territorium Berlin eroberte, hatte keinerlei Herrschaft über Wien, München oder Dresden. Jede revolutionäre Bewegung war durch diese Zersplitterung behindert.

Der deutsche Nationalstaat von 1871 entstand nicht nach den Wunschbildern des deutschen Nationalismus, sondern als Produkt preußischer Vorherrschaft. Millionen Deutsche, die nach Sprache und Kultur, etwa in Österreich, der Schweiz oder Südtirol, dazu zählen konnten, blieben außen vor. Millionen Nichtdeutsche nach Sprache und Selbstverständnis, etwa die Polen oder auch Franzosen im Elsaß und Lothringen, fanden sich zwangsweise einverleibt. Im neuen Reich lag die eigentliche politische Macht trotz demokratischen Wahlrechts nicht beim Parlament, sondern bei Krone und Exekutive. Dominiert von Preußen blieb das Kaiserreich ein autoritär geführter Obrigkeitsstaat, der sich zwar wirtschaftlich, wissenschaftlich und militärisch enorm modernisierte, aber seine innere Kraft politisch nicht rational zu steuern vermochte. Das zeigte insbesondere die wilhelminische Außenpolitik seit 1890. Während das Reich vielfältig prosperierte, betrieb seine politische Führung eine fast autistisch wirkende Weltpolitik ohne rationales Verständnis für die Rückwirkungen ihres Handelns. Das galt insbesondere für die Rüstungspolitik, deren Folgen kaum nüchtern geprüft, geschweige denn in einem Prozess rationaler Abwägung erörtert wurden. Die deutsche Autoritätstradition mit ihrer monarchischen Spitze und den parlamentsfernen Machtzentren in Regierung, Diplomatie und Militär

obsiegte gegen das Vertrauen in den parlamentarischen Streit um das bessere Argument.

Was lernen wir daraus? In diesem Mangel abwägender Rationalität des politischen Prozesses liegt ein zentraler Grund für den Weg der Deutschen in den Ersten Weltkrieg. Diese Erkenntnis zeigt auch, dass alle Gleichsetzungen der Situation vor 1914 mit dem heutigen Europa oder der deutschen Politik von damals und heute ein geradezu groteskes Unverständnis historischer Entwicklung offenbart.

Gerade aus der Analyse deutscher Geschichte seit der Kaiserzeit lassen sich die längerfristigen Einfluss-Ströme identifizieren, die bis ins Dritte Reich wirkten. Das Erbe der Religionskriege, die Gewöhnung an Obrigkeitsstaat und autoritäre Führung, die vielstaatliche Zersplitterung, der Mangel an politischer Partizipation, die Überbetonung des Militärischen und Gemeinschaftlichen gegenüber dem Zivilen und Individuellen, das oft überschießende Gefühl äußerer Bedrohung und die daraus resultierende Suche nach unbedingter Sicherheit, daneben die Vorstellung von der eigenen kulturellen Besonderheit bis hin zum Anspruch rassischer Überlegenheit: Es ist eine Gemengelage von Traditionen und Entwicklungen, die keineswegs zwangsläufig zum Dritten Reich führte, aber in ihrer Kombination doch allesamt in seinen Wurzeln zu finden sind.

Diese unheilvolle Kombination sollte sich nicht wiederholen, da waren sich die Alliierten mit deutschen Politikern nach 1945 einig. Die Deutschen sollten sich ihrer Geschichte stellen.

Deshalb die Forderung nach bedingungsloser Kapitulation, deshalb die vollständige Besetzung des Landes, deshalb die Nürnberger Prozesse und die Entnazifizierungsverfahren. Deshalb auch die Suche nach einem Elitenwechsel auf den zentralen politischen Positionen. Und deshalb schließlich die Forderung nach wissenschaftlicher Aufarbeitung und öffentlicher Diskussion der Vergangenheit.

Dieses Anliegen erwies sich als komplex und schwierig.

Denn die Verbrechen des nationalsozialistischen Regimes waren vielen Menschen bekannter als sie es nach 1945 zugeben und vor allem: im öffentlichen Gedächtnis behalten wollten.

Auch die Geschichtswissenschaften an den Universitäten zeigten kaum Interesse an einer Aufarbeitung. Prominenten Universitätsprofessoren widerstrebt eine rasch einsetzende Forschung. Es benötigte eine politische Initiative, um zwischen 1947 und 1949 das „Institut zur Erforschung der nationalsozialistischen Zeit“ zu gründen, aus dem später das „Institut für Zeitgeschichte“ wurde.

So meinte der Münchner Historiker Franz Schnabel, unverdächtig, mit dem Nationalsozialismus sympathisiert zu haben, man solle das Vergangene besser erst einmal zudecken. Wissenschaftlich Täter und Taten zu recherchieren, zu benennen und aufzudecken, würde die Gesellschaft zu sehr belasten.

Der Philosoph Hermann Lübbe hat die 1950er Jahre eine Zeit des „kommunikativen Beschweigens“ über die „braunen Biographieanteile“ genannt. Es sei politisch weniger wichtig gewesen zu sehen, „woher einer kommt als wohin er zu gehen willens“ war. Das meinte im Alltag: Viele wussten, was der Nachbar oder Arbeitskollege vor 1945 getan, in welcher Position er Karriere gemacht hatte. Aber man sprach nicht darüber. Es ist ein allgemein menschliches Bedürfnis, sich das eigene Leben als möglichst harmonische Abfolge gleichsam logisch aufeinander folgender Schritte zu erinnern, die man gern auch noch als selbst gesteuert annimmt.

Schnell konnte sich die Mehrzahl derer, die den Nationalsozialismus getragen und bejubelt hatte, darauf einigen, dass sie von Hitler getäuscht, verführt und in die Irre geleitet worden war. Sich selbst zu befragen, eigenes Tun zu reflektieren, war unbequem und schmerzhaft. Viele Deutsche beschrieben sich als mehrfache Opfer: Opfer Hitlers; dann des Bombenkrieges und der Niederlage; schließlich Opfer der Schuldvorwürfe. Dieses Bemühen, sich in einer Opferrolle zu arrangieren, führte immerhin dazu, dass das Bewusstsein von der Vergangenheit und die Notwendigkeit, sich mit ihr auseinanderzusetzen, als dauernde gesellschaftliche Forderung präsent blieb.

Auch konzentrierte sich die Suche nach den Tätern auf einige wenige Verbrecher, die entweder schon bei Kriegsende umkamen wie Hitler, Himmler und Goebbels, oder in Nürnberg verurteilt und zu Tode gebracht wurden. Fragen nach den Personen unterhalb der obersten Führungsebene, nach ihren Weltbildern und ihrem Denken, nach den früheren Entwicklungsschritten ihrer Karriere, blieben nachrangig, wenn sie überhaupt Beachtung fanden.

Dies hatte nicht zuletzt ganz praktische Gründe, weil viele in den Institutionen der Bundesrepublik eine zweite Karriere begonnen hatten, die sie mit Vetomacht ausstattete. Die Forschung zu den Personalkontinuitäten in den wichtigsten Ministerien hat gezeigt, dass viele ehemalige Ministerialbeamte aus der Zeit des Nationalsozialismus ihre Karrieren in den Institutionen der Bundesrepublik fortsetzen konnten. Sie alle hatten kein Interesse daran, dass wissenschaftliche Forschung den praktischen Handlungen der Funktionseliten vor 1945 intensiver nachging. „Konkrete Täterforschung“ entwickelte sich erst in den 1980er Jahren.

Die 1970er Jahre blieben wissenschaftlich weitgehend beherrscht von der Suche nach Strukturen und Determinanten in der Geschichte. In ihnen spielten handelnde Menschen eine geringe Rolle, wenn sie denn überhaupt vorkamen.

Die Entwicklung der präzisen Analyse individueller Verantwortlichkeit betraf zögerlich vor allem jenen Bereich, der heute als das zentrale Verbrechen der nationalsozialistischen Herrschaft angesehen wird: die Verfolgung und Ermordung der europäischen Juden. Zwar wurde schon 1958 die Zentrale Stelle der Landesjustizverwaltungen eingerichtet, um die juristische Verfolgung von Verbrechen voranzubringen. Auch bewirkte der Ulmer Einsatzgruppenprozess im gleichen Jahr öffentliche Aufmerksamkeit. Aber tatsächlich führten erst die internationalen Diskussionen um den Prozess gegen Adolf Eichmann 1961 sowie der Frankfurter Auschwitz-Prozess von 1963 bis 1965 dazu, diesen Verbrechenskomplex einer größeren Öffentlichkeit bekannt machen.

Aber das waren juristische Ermittlungen. Wissenschaftlich stand dem wenig zur Seite. Das seinerzeit bedeutendste Forschungswerk zum Thema von Raul Hilberg, bereits 1955 in englischer Sprache druckreif, aber erst 1961 publiziert, erschien über



zwanzig Jahre nicht in deutscher Übersetzung. Auch wurde es von der deutschen Forschung kaum rezipiert, obwohl oder gerade weil es die weitverzweigten Täterstrukturen des Vernichtungsprozesses und zahlreiche Personen beim Namen nannte. Hilbergs Werk erschien in Deutschland erstmals 1982 bei einem trotzkistischen Berliner Kleinverlag und war bald nicht mehr lieferbar. Erst 1990, nach Mauerfall und Wiedervereinigung, erschien eine neue Übersetzung als preisgünstige Taschenbuchausgabe, die dem Standardwerk endlich seinen gebührenden Platz in der öffentlichen Diskussion sicherte.

Das neuartige Interesse hatte seinen Ausgangspunkt weniger in der Wissenschaft genommen als vielmehr in der öffentlichen Diskussion. Besonders die 1979 ausgestrahlte Hollywood-Serie Holocaust hatte daran ihren Teil. Mit einem Male war die Judenvernichtung ein gesellschaftliches Thema. Viele Historiker wurden überrascht sowohl vom öffentlichen Interesse als auch vom verstörenden Befund, dass sie entgegen verbreiteter Annahmen, recht wenig konkrete Forschung zu Taten und Tätern vorlegen konnten. Die erste wissenschaftliche Konferenz zur Judenvernichtung fand in Deutschland 1984 statt.

Bedeutend waren die sogenannten Einflüsse „von unten“. Bürgerinitiativen begannen Lokalgeschichte zu betreiben, forschten nach dem Schicksal der Juden in ihren Heimatgemeinden, beschrieben den Alltag im Nationalsozialismus auf regionaler Ebene und machten das jahrelange Schweigen nach 1945 transparent. So entstand seit den späten 1970er Jahren ein über das ganze Land verbreiteter, überaus konkreter Forschungs- und Diskussionsraum zur Alltagsgeschichte, der viel mehr Menschen einbezog, als es der Wissenschaftsdiskurs gewöhnlich vermag. Schülerwettbewerbe des Bundespräsidenten verstärkten diese Diskussion und wirkten in die jüngere Generation. Was diesen Prozess erleichterte, war der allgemeine Generationenwechsel und das Ausscheiden der vor 1945 Aktiven aus dem Berufsleben: Einst mächtige Veto-Spieler verließen oder verloren ihre einflussreichen Positionen.

Historisches Wissen zu erarbeiten und über die Geschichte und Vorgeschichte des Nationalsozialismus nachzudenken, wurde also nicht allein den professionellen

Historikern überlassen, sondern als gesellschaftliche Aufgabe verstanden. Man wollte sich über die Herkunft der eigenen Gegenwart klar werden.

Dazu gehörte auch der Wandel im Umgang vieler *Unternehmen* mit der eigenen Vergangenheit. War es für Jahrzehnte opportun gewesen, der Rolle des eigenen Betriebes vor 1945 möglichst wenig Beachtung zu schenken, so führten öffentliche Diskussionen – insbesondere um die Rolle der Zwangsarbeit – zu einem Blickwechsel. Eine neue Managergeneration verstand, dass es nicht nur um der eigenen Glaubwürdigkeit willen wichtig war, ehrlich zu sein und Verantwortung zu übernehmen. Diese historische Selbstprüfung war auch ein Moment der Befreiung mit der Chance, eine Kultur der kritischen Selbstbefragung als Potential kreativer Weiterentwicklung zu fördern. So entstanden seit den späten 1980er Jahren bis in die jüngste Vergangenheit zahlreiche Unternehmensgeschichten, in denen das Engagement des eigenen Betriebes im Nationalsozialismus transparent wurde.

Seit den 1990er Jahren schließlich stand der Begriff der deutschen Volksgemeinschaft und deren Bedeutung für die Herrschaftsdynamik des Nationalsozialismus für mehr als zwei Jahrzehnte im Zentrum der Forschung. Gerade diese Diskussionen zur Volksgemeinschaft zeigen den grundsätzlichen Wandel zwischen den 1950er Jahren und der jüngeren Gegenwart. Wurde seinerzeit das Volk noch weitgehend als Opfer und Objekt totalitärer Unterdrückung interpretiert – die meisten lebten ja noch –, konnten die seit den 1990er Jahren entstandenen Analysen das hohe Maß an Identifikation zeigen, das zwischen 1933 und 1938 weite Teile der deutschen Bevölkerung durchzog.

Die jüngste Tendenz der Auseinandersetzung mit der NS-Geschichte geht schließlich über die Zäsuren von 1933 und 1945 hinaus und fragt nach jenen längerfristigen Kontinuitäten, die von den 1920er bis in die 1960er Jahre reichen. Zahlreiche Bundesministerien haben hierzu einschlägige Studien zur Geschichte ihrer eigenen Institution in Auftrag gegeben. Von besonderem Interesse ist dabei die Frage, wie die bundesrepublikanische Demokratie der 1950er Jahre mit ihren teils deutlich „belasteten“ Eliten funktionieren konnte.

Bei diesen Forschungen geht es nicht darum, „Nazis zu zählen“ oder moralische Zeigefinger zu erheben. Der Befund, dass sich in allen Ministerien und Behörden ein hoher Prozentsatz ehemaliger NS-Funktionsträger identifizieren lässt – ob sie nun Parteimitglied waren oder nicht –, ist schon lange keine Überraschung mehr. Vielmehr geht es heute um die Frage, wie mit zum Teil stark belasteten Nationalsozialisten eine funktionierende Demokratie aufgebaut werden konnte.

Hier nun findet sich eine Antwort auf die Frage, warum in Deutschland Vergangenheitsaufarbeitung ein zentraler Faktor für die Lebensfähigkeit einer demokratischen Zivilgesellschaft wurde.

Nach 1945 konnten die einst aktiven NS-Funktionäre beobachten, dass der Nationalsozialismus vollständig diskreditiert war. Selbst wenn sie noch entsprechendes Gedankengut hegten, war ihnen nicht nur durch die alliierte Kontrolle, sondern auch durch das Erstarren der demokratischen Kultur jede aktive Renazifizierung verwehrt. Und mochten sie auch langfristige Geistestraktionen, Obrigkeitsorientierung, Autoritätsfixierung oder Volksgemeinschaftsdenken weiter in sich tragen, bestand doch die Notwendigkeit, nun für einen demokratischen Staat mit seiner Garantie individueller Menschenrechte und persönlicher Freiheiten zu arbeiten.

Selbst das Beschweigen der Vergangenheit zeigte damit noch eine unbeabsichtigte Wirkung. Weil seit den späten 1950er Jahren immer mehr Informationen über NS-Verbrechen an die Öffentlichkeit kamen und auch juristisch behandelt wurden, mussten die Betroffenen aktiv abwägen und kalkulieren, wie sie ihre persönliche Vergangenheit verhandeln und erzählen konnten. Zweifellos dominierte die Sehnsucht nach dem Schlussstrich und der harmonisierenden Erinnerung.

Aber dies war nicht im Modus einer Apologie möglich. So das fortschreitende Bekanntwerden und Diskutieren von NS-Verbrechen erzwang von ihnen eine Auseinandersetzung, die zumindest vorgeblich im Modus des rationalen Arguments vorgebracht werden musste.

Der Diskursraum der Parlamente und der politischen Parteien, der Medien in Print, Rundfunk und Fernsehen, die Argumentationswelt der öffentlichen Konflikte um Wiederbewaffnung, Notstandsgesetze und NATO-Doppelbeschluss – dies alles entwickelte sich vor der Folie des Verhandeln über die nationalsozialistische Vergangenheit und ihrer Vorläufer, von der man sich explizit abzuheben suchte.

In diesen Prozessen wurden auch die autoritären Praktiken abgeschliffen und neue Modi des öffentlichen Diskurses eingeübt. Es waren die Vorgänge des staatsbürgerlichen Sich-Auseinandersetzen-Müssens, Abwägens und Argumentierens, die sich gegenüber dem obrigkeitshörigen Gehorsam durchsetzten. Das war für viele ein neuer, dann immer selbstverständlicher werdender Modus: Der des legitimen, aktiven Einsetzens für die eigenen Interessen im Gefüge des freiheitlichen Rechtsstaates.

So hat der über die Jahrzehnte entwickelte selbstkritische Umgang der bundesdeutschen Gesellschaft mit der nationalsozialistischen Vergangenheit - zunächst von außen durch die Alliierten gedrängt, dann langsam von innen entwickelt – einen substantiellen Beitrag dazu geleistet, dass die deutsche Gesellschaft der Gegenwart demokratisch stabil und wirtschaftlich erfolgreich ist.

Die über die Jahrzehnte angenommene Herausforderung, sich auch mit unbehaglichen Wahrheiten auseinanderzusetzen, förderte nicht nur einen bisweilen spürbar unbequemen Mut zur Wahrheit. Sie trug zugleich dazu bei, eine Kultur des offenen Ansprechens von Problemen zu befördern. Diese Offenheit ist in einer modernen Gesellschaft, angesichts dauernder technischer und gesellschaftlicher Wandlungsprozesse, geradezu lebenswichtig, weil sie Probleme angeht statt sie zu verschweigen, und weil sie rational nach Ursachen fragt, statt nach Sündenböcken für eigene Fehler zu suchen.

Vergangenheitsaufarbeitung – und das meint nicht nur den Nationalsozialismus, sondern den mündigen Umgang mit Geschichte überhaupt – trägt zu einer Kultur der Rationalität und Offenheit bei, die es ermöglicht, die Freiheit des Individuums in den ständig wachsenden Forderungen einer globalisierten Welt zu erhalten.

Wer demgegenüber ein Ende der Vergangenheitsaufarbeitung fordert, beschreitet einen Weg, auf dem Mythen erzeugt und Wissen durch Ideologie ersetzt werden sollen. Die Gegner der Vergangenheitsaufarbeitung meinen in der Regel noch etwas anderes: Sie wollen den *gesamten* Prozess der kritischen Selbstbefragung diskreditieren und Fabeln an die Stelle des Selberdenkens setzen. Ähnlich Religionen oder politischen Ideologien formulieren sie Identifikationsangebote als Glaubenswahrheiten. Statt kritischer Selbstbefragung erwarten sie Gefolgschaft. Und malen dabei ein idyllisches Bild vom vermeintlich unschuldigen Wesen eines Volkes, von dem allzu viel Reflexion ferngehalten werden müsse.

Wer versucht, geschichtswissenschaftliche Analysen und offene Diskussion zu diffamieren – die Rede vom angeblichen „Schuld kult“ ist eine solche Diffamierung –, betreibt die Entmündigung des Individuums und fördert die Selbsttäuschungen der Gesellschaft. Niemand, der heute lebt, trägt eine Schuld am Nationalsozialismus und keine seriöse geschichtswissenschaftliche Untersuchung würde dergleichen formulieren oder behaupten.

Vielmehr bietet die Beantwortung der Frage nach den gesellschaftlichen, politischen und mentalen Ursachen Einblicke und Erkenntnisse über die deutsch-europäische Geschichte, die über die gleichermaßen glückhafte wie verletzliche Situation unserer Gegenwart aufzuklären in der Lage ist: Demokratie, Herrschaft des Rechts, Anerkennung individueller Menschenrechte. All dies sind junge Errungenschaften unseres politischen und gesellschaftlichen Lebens, die in weiten Teilen der Welt fehlen.

In Deutschland fielen sie ebenso wenig vom Himmel wie in Europa. Sie sind das Ergebnis schmerzhafter Erfahrungen und Einsichten, die mit Millionen Toten bezahlt wurden. Von den Religionskriegen des 16. und 17. Jahrhunderts über die dynastischen und nationalistischen Kriege des 18. und 19. bis hin zu den rassistischen und ideologischen Kriegen des 20. Jahrhunderts zieht sich ein blutgetränkter Faden der Erfahrung bis 1945. Immer dann, wenn Nationalismus, religiöser Dogmatismus oder politische Ideologien, die den Schlüssel zur Weltgeschichte erkannt zu haben behaupteten, die Vorherrschaft gewannen, endete dies für Millionen Menschen in Fanatismus, Krieg und Tod.

Dieses Bewusstsein war in den Trümmern Europas omnipräsent, als bürgerliche Staatsmänner wie Konrad Adenauer, Robert Schuman, Alcide de Gasperi und viele andere zur europäischen Zusammenarbeit fanden – bei vollem Bewusstsein von den weiterhin geltenden zivilen Funktionsnotwendigkeiten der Nationalstaaten.

Wenn gegenwärtig in zahlreichen europäischen Ländern populistische und nationalistische Bewegungen entstehen und bei den Wahlen Zulauf erhalten, offenbart sich darin ein Erinnerungsverlust. Wer die Entwicklung der europäischen Einigungsmühen mit ihren Verträgen und dem Streben nach Integration attackiert, wer die vermeintlich übergriffigen Regulierungen aus Brüssel beklagt, die Trägheit der Bürokratie und die Zähigkeit der Entscheidungsfindung in einer Gemeinschaft aus 27 Staaten diffamiert – der möge die Schlachtfelder des Ersten Weltkrieges und die Soldatenfriedhöfe des zweiten besuchen, um sich ein Bild davon zu machen, was Europa hinter sich gelassen hat und wohin nationalistische Bewegungen geführt haben. Wenn das historische Gedächtnis vieler Europäer verloren zu gehen scheint, ist der selbstkritische Umgang mit Geschichte essenziell. Um durch historische Aufklärung jenes Bewusstsein zu schärfen, dass Frieden, Rechtsstaat und Menschenrechte fragile Errungenschaften sind, die des fortwährenden Einsatzes jedes Einzelnen bedürfen.